



LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ



SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI
DEUTSCHLANDS

DER GENERALSEKRETÄR

SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz, Klarastraße 15a, 55116 Mainz

Landesgeschäftsstelle des vlbs Rheinland-Pfalz
Landesvorsitzender Ulrich Brenken
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz

13. Januar 2016

Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Brenken,

herzlichen Dank für die Übersendung der Wahlprüfsteine. Gerne übersende ich Ihnen unsere Antworten:

1. Finanzen

Was plant Ihre Partei, um die Beamtenbesoldung vor dem Hintergrund ständig steigender Anforderungen zeitgemäßer und attraktiver zu gestalten?

Die Einführung des TV-L hat hinsichtlich der Eingruppierung und Einstufung zu erheblichen Verwerfungen zum Nachteil der Beschäftigten geführt, die sich an BBS besonders gravierend auswirken.

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Die Besoldung und Versorgung muss sicherlich den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechen und auch vor dem Gebot der Konkurrenzfähigkeit bestehen. Beides ist in Rheinland-Pfalz der Fall. Zu beachten sind aber auch die Rahmenbedingungen des Landeshaushalts. Die Haushaltsdaten sind öffentlich zugänglich und kein Geheimnis. Insofern müssen alle Äußerungen der politischen Mitbewerber über die künftige Besoldung und Versorgung einer realistischen Betrachtung standhalten. Zu meinen, hinter einem Kassensturz verbergen sich weitere ausschöpfbare Mittel, geht an der öffentlich transparenten Haushaltsrealität völlig vorbei. Insofern bestehen Grenzen für eine weitere Erhöhung der Besoldung und Versorgung. Wir werden beobachten, wie sich die Personalsituation und die Bewerberlage im öffentlichen Dienst entwickelt. Letztendlich stellt sich die Frage der Besoldung / Versorgung aber immer nur für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit.

Hausadresse:
SPD-Landesverband
Rheinland-Pfalz
Klarastraße 15a
55116 Mainz

Postanschrift:
SPD-Landesverband
Rheinland-Pfalz
Postfach 37 46
55027 Mainz

Fon:
(06131) 27061 0
Fax:
(06131) 27061 27

E-Mail:
LV.Rheinland-Pfalz@spd.de
Internet:
www.spd-rlp.de

Bankverbindung:
SEB Mainz
IBAN: DE42550101111073939100
BIC: ESSEDE5F550

Welche Vorstellung haben Sie vor dem Hintergrund der Einführung einer Entgeltordnung der Lehrkräfte, um die Ungerechtigkeit des TV-L gegenüber der Beamtenbesoldung auszugleichen?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Sicherlich gibt es Unterschiede, wenn man die Nettobezüge beider Systeme heranzieht, die auf den Systemunterschied und die Historie zurückzuführen ist. Das Angestelltenverhältnis und das Beamtenverhältnis sind aber unserer Meinung nach generell nicht vergleichbar. Eine Ungerechtigkeit per se sehen wir daher nicht. Beim TV-L sind wir zudem an die Ergebnisse der Tarifvertragsparteien gebunden, die wir nicht allein beeinflussen können.

2. Berufsbeamtentum

Wie steht Ihre Partei zum Berufsbeamtentum für Lehrkräfte?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Der Beamtenstatus für Lehrkräfte stand in Rheinland-Pfalz unter der SPD-geführten Landesregierung nie zur Debatte und wir sehen auch jetzt keinen Diskussionsbedarf. Im Jahr 2009 wurde die Altersgrenze für Verbeamtungen in Rheinland-Pfalz wieder von 40 auf 45 Jahre angehoben, das wirkt sich auch bei den Lehrkräften positiv aus.

3. Weiterbildung und Aufstieg

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Aufstiegsmöglichkeiten der Lehrkräfte des gehobenen Dienstes - der Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie der Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis- in Zukunft mitarbeiterfreundlicher zu gestalten?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Schon jetzt gibt es Angebote für Lehrkräfte, die es ermöglichen, sich berufsbegleitend auf eine Wechselprüfung vorzubereiten. Diese sollen selbstverständlich auch in der nächsten Legislaturperiode vorgehalten werden.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um an berufsbildenden Schulen die - auch aufgrund des bei weitem größten Lehrkräftemangels / Unterrichtsausfalls in dieser Schulart - weiter gesunkene Zahl der Beförderungen nach A14 wieder zu erhöhen?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Der Mangel an Lehrkräften in einzelnen Fächern und bei bestimmten Fächerkombinationen in den berufsbildenden Schulen ist ein bundesweites Problem. Der SPD-geführten Landesregierung ist es dennoch in den letzten Jahren gelungen, die strukturelle Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen kontinuierlich zu verbessern. So ist im

laufenden Schuljahr mit 96,9 Prozent die bislang beste Unterrichtsversorgung an BBSen seit Einführung der amtlichen Schulstatistik dokumentiert. Wir wollen auch zukünftig alle Anstrengungen darauf richten, diese weiter zu verbessern und das Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Lehrkräften für das System berufsbildende Schule fortführen (siehe auch die Antworten zu Frage 6 und 11). Darüber hinaus werden wir darauf hinwirken, dass an den BBSen so viele Beförderungen wie möglich erfolgen können.

4. Altersteilzeit

Planen Sie erneut ein Altersteilzeit-Modell für Lehrkräfte, wenn das derzeitige Modell 2016 ausläuft; zumal dieses in Teilen durch den Wegfall der Altersermäßigung finanziert wurde?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Nach den bisherigen Regelungen können Lehrkräfte zum 01.08.16 letztmalig mit der Altersteilzeit beginnen. Wir gehen davon aus, dass die im Gesetz festgelegte Überprüfung der Regelungsziele der Altersteilzeitbestimmungen eine Fortführung der Altersteilzeit im Schulbereich zum Ergebnis haben wird, weil diese nach wie vor die wichtige Aufgabe erfüllt, die Arbeitsbelastung im Alter abzupuffern. Die Stellungnahme bleibt aber auf jeden Fall abzuwarten.

5. Lehrkräftearbeitszeit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die dramatisch weitere zunehmende außerunterrichtliche Arbeitszeit angemessen in der Gesamtarbeitszeit der Lehrkräfte berücksichtigt wird?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte in den einzelnen Bundesländern ist relativ einheitlich gestaltet. Rheinland-Pfalz hat schon jetzt aber mit die geringste Wochenarbeitszeit der Lehrkräfte bundesweit, für die außerunterrichtliche Tätigkeit wird eine angemessene Zeit berücksichtigt.

Wir werden natürlich die weitere Entwicklung in Bezug auf die Belastung der Lehrkräfte einerseits, aber auch vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit einer möglichen Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung andererseits, im Auge behalten.

6. Unterrichtsausfall / Nachwuchsgewinnung

Welche Konzepte hat Ihre Partei, um den überproportional hohen Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen wirksam auf das Niveau der allgemeinbildenden Schulen abzusenken?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Auf Grund der Vielzahl von schulischen Angeboten und dem entsprechend breit gefächerten Fachlehrerbedarf an den Berufsbildenden Schulen ist es nicht einfach, genügend Lehrkräfte für diese Schulart zu finden. Dies ist ein bundesweites Problem, dem alle Länder – und besonders auch Rheinland-Pfalz – mit besonderen Werbemaßnahmen (wie z.B. Abiturientenbrief der Ministerin oder die Imagekampagne „Entdecke die Lehre in Dir!“ für das Lehramt an berufsbildenden Schulen) versuchen, entgegen zu wirken. Diese möchten wir weiter fortführen, denn nur mit Fachpersonal in den Schulen kann der großen Herausforderung der Fachkräftegewinnung und Ausbildung in Zukunft Rechnung getragen werden. Dazu wollen wir z.B. Möglichkeiten schaffen, dass die Kooperationen zwischen den BBSen und allgemeinbildenden Schulen und Kammern ausgebaut werden, Kooperationsstudiengänge nach dem Koblenzer Modell v.a in Mangelfächern wie Gesundheit und Pflege ausbauen, das Projekt EQuL sukzessive ausweiten, weitere Seiten- und Quereinsteiger in Mangelfächern einstellen und die Empfehlungen der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der BBSen umsetzen.

Durch die vielfältigen Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung, Neueinstellungen und die vermehrte Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern in Mangelfächern konnte in diesem Schuljahr an den BBSen ein Versorgungsgrad von 96,9 Prozent der Summe für Pflichtstunden und Differenzierungsangebote erreicht werden – der beste Wert seit Jahrzehnten. Für das Schuljahr 2015/2016 sind an den berufsbildenden Schulen insgesamt 153 voll ausgebildete Lehrkräfte neu eingestellt worden. Zusätzlich wurden 20 Fachkräfte, die die Ausbildung zum Fachlehrer oder zur Lehrkraft für Fachpraxis absolvieren, eingestellt und es wurden acht Hochschulabsolventen mit Studienabschlüssen, die als Unterrichtsfach besonders gefragt sind, als Seiteneinsteiger für den Schuldienst gewonnen.

7. Höhere Berufsfachschule

Wie steht Ihre Partei zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der HBF – auch im Blick auf die Fachoberschulen?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Der SPD ist die Bedeutung der Höheren Berufsfachschule (HBF) mit ihren attraktiven ergänzenden Abschlüssen bewusst und hat – neben den anderen Wahlschulbildungsgängen der Berufsbildenden Schulen - einen hohen Stellenwert. Wir wollen die HBF daher erhalten und weiterentwickeln. In der Vergangenheit haben wir dafür gesorgt, dass keine überstürzten Änderungen bei der Klassenmesszahl, den Zugangsvoraussetzungen oder den Fachrichtungen erfolgt sind, die sich negativ auf das Bildungsangebot der HBF ausgewirkt hätten. Bei der

Weiterentwicklung in der nächsten Legislaturperiode werden wir darauf achten, dass die HBF als Schulform attraktiv bleibt.

8. Fachklassenbildung

Auf welche Weise wird Ihre Partei dazu beitragen, dass Fachklassen und damit Ausbildungsplätze, insbesondere auch in ländlichen Regionen, erhalten bleiben?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Wir sind stets dafür eingetreten, ein wohnrotnahes, flächendeckendes, leistungsfähiges und bedarfsgerechtes Bildungsangebot in den BBSen anzubieten. Deshalb unterstützen wir den zum Schuljahr 2015/2016 gestarteten Schulversuch BS20, an dem neun berufsbildende Schulen teilnehmen. Diese Schulen erproben pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten, damit die duale Berufsausbildung auch zukünftig von allen jungen Menschen als attraktiver Weg in eine erfolgreiche berufliche Zukunft gewählt werden kann. Der Schulversuch ist Bestandteil einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Teilzeitberufsschule und zur Sicherung der dualen Ausbildung in der Fläche. Sofern weitere Maßnahmen zur Sicherung in der Fläche nötig werden, werden wir diese gemeinsam mit allen Akteuren vor Ort angehen.

9. Inklusion und Flüchtlingsthematik

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Situation an BBS bezüglich Inklusion und Flüchtlingsthematik - beginnend im Berufsvorbereitungsjahr und über das 18. Lebensjahr der Schülerinnen und Schüler hinaus - zu verbessern?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Im laufenden Schuljahr ist ein Schulversuch „BVJ mit inklusivem Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung“ gestartet. 16 – 18jährige Flüchtlinge werden an BBSen in bestehende Klassen integriert und erhalten Deutsch-Intensivkurse mit bis zu 20 Wochenstunden oder sie erhalten in einem sogenannten BVJ-Sprachförderung ebenfalls Deutsch-Intensivkurse mit bis zu 20 Wochenstunden und mit zunehmender Sprachkompetenz weiteren Unterricht über Sozialkunde bis hin zur Berufsorientierung. Um die Deutsch-Intensivkurse weiter bedarfsgerecht ausbauen zu können, haben wir im Haushalt 2016 Mittel in Höhe von 2,1 Mio Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Für die über 18-jährigen sind nach einer Vereinbarung am Ovalen Tisch die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Kürzlich hat die Agentur für Arbeit für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren ein spezielles Programm entwickelt, in dem die jungen Menschen neben dem

Spracherwerb auch an Berufsorientierungsmaßnahmen unter Einbindung der Berufsbildenden Schulen teilnehmen können.

10. Sozialpädagogische Betreuung

Welche konkreten Maßnahmen - z.B. bei der Sach- und Personalausstattung - wird Ihre Partei in der Legislaturperiode 2016 - 2021 ergreifen, um die sozialpädagogische Betreuung an den berufsbildenden Schulen spürbar zu verbessern und angemessen auszuweiten?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Für die SPD in Rheinland-Pfalz stellt die Schulsozialarbeit einen wichtigen und unverzichtbaren Baustein schulischer Qualität und des schulischen Miteinanders dar. Insbesondere an den berufsbildenden Schulen hat diese eine besondere Bedeutung. Durch zusätzliche Mittel wurde die Schulsozialarbeit in den vergangenen Jahren daher kontinuierlich und flächendeckend ausgebaut. Die Mittel wurden seit 2005 von 700.000 Euro auf 2.455.000 Euro im Haushalt 2014/2015 mehr als verdreifacht. 2016 wird die Schulsozialarbeit mit Landesmitteln in Höhe von 1,35 Mio. weiter auf dann insgesamt 2,6 Millionen Euro ausgebaut. Insgesamt kann dann an 61 von 64 öffentlichen berufsbildenden Schulen Schulsozialarbeit im Umfang von mehr als 2.000 Wochenstunden angeboten werden. Wir wollen die Schulsozialarbeit auch weiter bedarfsgerecht ausbauen.

11. Gewinnung von Nachwuchskräften mit grundständigem Studium für berufsbildende Schulen

Was wird Ihre Partei unternehmen, damit sich die Quote der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter mit berufsbezogenen Bedarfsfächern nachhaltig erhöht?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Bereits in den Schulen muss für diesen beruflichen Weg im Rahmen einer umfassenden Berufs- und Studienorientierung geworben werden. Ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung ist in Rheinland-Pfalz der neue Tag- der Berufs- und Studienorientierung, an dem ab diesem Jahr alle allgemein bildenden Schulen ab der Klassenstufe 8 verpflichtend teilnehmen. Jugendliche erhalten nach landesweit einheitlichen Leitlinien und durch Expertinnen und Experten von außen eine breite Information über ihre Möglichkeiten der Berufs- und Studienwahl. Auch die BBSen werden in diesen Tag als Experten mit eingebunden und können auch in eigener Sache werben.

In unserem Antrag „Starke berufsbildende Schulen – gute Ressourcen für eine gute Entwicklung“ vom Januar 2015 (Drucksache 16/4543) fordern wir außerdem die Prüfung der

Einführung eines jährlichen Projekttages für Sekundarstufen II-Schülerinnen- und Schüler, der in Kooperation mit der nächstgelegenen BBS stattfinden soll.

Weiter sollen natürlich die bereits bestehenden vielfältigen Werbemaßnahmen wie Schreiben der Ministerin an die Abiturientinnen und Abiturienten und die Imagekampagne „Entdecke die Lehre in dir!“ für das Lehramt an berufsbildenden Schulen weiter fortgeführt und ausgeweitet werden, um Studienanfänger und Studienwechsler gezielt für das Berufsfeld Lehrkraft an Berufsbildenden Schulen zu sensibilisieren. Wünschenswert wären noch mehr Praktikumsplätze für Studierende mit allgemeinbildenden Fächern in BBSen, um so bei den Studierenden aktiv für eine Entscheidung für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen und die Aufnahme eines Studiums eines beruflichen Studienfachs zu werben.

Insbesondere in den immer wichtiger werdenden Bereichen Gesundheit und Sozialpädagogik kann sich die SPD weitere Kooperationsstudiengänge nach Koblenzer Modell zwischen Hochschulen und Universitäten vorstellen.

Schließlich werden wir uns für die weitere Einstellung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einstiegern in Mangelfächern mit einer umfänglichen Berücksichtigung bereits vorhandener betrieblicher Erfahrungen bei der Einstellung und tariflichen Eingruppierung dieser Personen einsetzen und haben die Überprüfung einer gemeinsamen Initiative mit den betroffenen Kammern zur Gewinnung von Lehrkräften, die über den erfolgreichen Abschluss einer dualen Ausbildung ein Studium ohne Abitur zum Lehramt an Berufsbildenden Schulen aufnehmen können, angeregt.

Wir werden weiter alle Anstrengungen unternehmen, um die BBSn mit ausreichend qualifiziertem Personal zu versorgen.

12. Entlastung für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an BBS

Die Aufgaben bei der Leitung einer berufsbildenden Schule sind besonders komplex und umfangreich. Die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an berufsbildenden Schulen sind objektiv gegenüber den Funktionsträgern an allgemeinbildenden Schulen in Bezug auf die Entlastung deutlich benachteiligt. Bisherige Nachbesserungen blieben weit hinter der tatsächlichen Belastung zurück.

Was gedenkt Ihre Partei zu tun, um den Umfang der Entlastung der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger an BBS wirksam zu verbessern?

Antwort der SPD Rheinland-Pfalz:

Um Verbesserungen im System der BBS zu erlangen, wurden vor einigen Jahren 240 Lehrerwochenstunden zur Entlastung der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger in das BBS-System gegeben. In den letzten Jahren lag bzw. liegt der Schwerpunkt unserer Anstrengungen im BBS-Bereich eindeutig auf der Verbesserung der Unterrichtsversorgung,

was auch erfolgreich war und fortgesetzt werden wird. Weiterhin müssen die großen Herausforderungen wie insbesondere die Beschulung der Flüchtlinge gemeistert werden. Sofern in Zukunft weitere Spielräume zur Verfügung stehen, kann auch über eine weitere Entlastung der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger nachgedacht werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jens Guth'.

Jens Guth, MdL
Generalsekretär